

Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris

(Institut historique allemand)

Band 26/3 (1999)

DOI: 10.11588/fr.1999.3.47730

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

GUIDO THIEMEYER

ZWISCHEN DEUTSCH-FRANZÖSISCHEM BILATERALISMUS
UND EUROPÄISCHER SOLIDARITÄT:
DIE »RELANCE EUROPÉENNE« (1954–1955)

Die Bedeutung der sogenannten »Relance européenne«, jener Monate zwischen dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in der französischen Nationalversammlung am 30. August 1954 und der Konferenz von Messina (1.–3. Juni 1955), ist in der historischen Forschung umstritten. Pierre Gerbet, einer der ersten und profiliertesten Integrationsforscher, betont in seiner Interpretation die außerordentliche Rolle Jean Monnets, der nach seinem angekündigten Rücktritt als Präsident der Hohen Behörde der Montanunion in Luxemburg dem europäischen Einigungsprozeß neuen Schwung verleihen wollte¹. Monnet, so erläuterte Pierre Gerbet, setzte vor allem auf die Atomenergie als integrative Kraft, an der alle Regierungen Interesse hatten, weil die neue, zukunftssträchtige Energie solch hohe Investitionen erforderte, daß sie von einem einzelnen Land kaum geleistet werden konnten. Nur gemeinsam seien die Mitglieder der Montanunion in der Lage, die neue Technik zum Wohle aller auszunutzen. Zudem, und dieser Gedanke spielte bei Monnet schon im Zusammenhang mit der Montanunion eine Schlüsselrolle, werde das enorme westdeutsche wirtschaftliche Potential noch tiefer im Westen verankert, und ein nationaler deutscher Alleingang auf dem Atomsektor verhindert. Um seine Ideen auch politisch durchzusetzen, so Gerbet weiter, habe sich Monnet an den belgischen Außenminister Spaak gewandt, der die Gedanken des »Inspirateur« dann in seinem berühmten Memorandum vom 2. April 1955 zur politischen Initiative ausgeformt habe.

Dieser Interpretation steht der Ansatz der beiden niederländischen Forscher Anjo Harryvan und Albert Kersten gegenüber, die auf der Basis der holländischen Quellen zu dem Ergebnis kommen, daß die Bedeutung Jean Monnets für die »Relance européenne« von Gerbet überschätzt wurde². Tatsächlich, so die beiden Niederländer, habe es gar keine »Relance européenne« gegeben, die Konferenz von Messina und die mit ihr beginnenden Verhandlungen über die Römischen Verträge vom 25. März 1957 seien vielmehr das Resultat einer konsequenten niederländischen Europapolitik gewesen, die mit dem Beyen-Plan für eine europäische Zollunion im Rahmen der sechs Montanunion-Staaten vom 10. September 1952 begonnen und

1 Pierre GERBET, La »Relance« européenne jusqu'à la conférence de Messine, in: Enrico SERRA (Hg.), Il rilancio dell'Europa e i trattati di Roma, Mailand/Brüssel/Baden-Baden/Paris 1989, S. 61–91; DERS., La construction de l'Europe, Paris 1994. Zuletzt: Eric ROUSSEL, Jean Monnet, Paris 1996, S. 684ff.

2 Anjo HARRYVAN, Albert KERSTEN, The Netherlands, Benelux and the Relance européenne 1954–1955, in: SERRA (wie Anm. 1) S. 125–157.

durch das Scheitern der EVG lediglich einen kurzfristigen Rückschlag erlitten habe. Die Bedeutung Jean Monnets ebenso wie der Konferenz von Messina für den europäischen Einigungsprozeß in den Jahren 1954/55 werde von Pierre Gerbet überschätzt. Die Aufnahme von Verhandlungen über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, das ist die Konsequenz aus den Untersuchungen Harryvans und Kerstens, war das Resultat einer langfristig angelegten niederländischen Europapolitik. Die gegensätzlichen Forschungsergebnisse Gerbets, Harryvans und Kerstens resultieren vor allem in der unterschiedlichen Quellenbasis der beiden Untersuchungen. Während Gerbet sich vor allem auf die Memoiren maßgebender Protagonisten der »*Relance européenne*« stützte, die er durch einzelne Dokumente aus französischen Archiven ergänzte, werteten Harryvan und Kersten die niederländischen Archive aus. Insgesamt wird durch ihre Forschungen deutlich, daß die Wahrnehmung der Ereignisse zwischen August 1954 und Mai 1955 je nach nationaler Perspektive unterschiedlich war. Im Folgenden soll daher auf der Basis bislang unveröffentlichter Quellen aus französischen, deutschen und niederländischen Archiven ein breiteres, die nationale Perspektive übersteigendes Bild der »*Relance européenne*« vermittelt werden.

Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft am 30. August 1954 war für alle westlich orientierten Staaten ein Schock, auch wenn sich die Agonie der EVG schon lange hingezogen hatte. Und doch war die Entscheidung der französischen Nationalversammlung auch ein reinigendes Gewitter, das nach der lähmenden Schwüle des Sommers 1954 endlich wieder Bewegung in die europäische Politik brachte. Unter maßgeblicher Beteiligung des britischen Außenministers Anthony Eden wurde schon vier Wochen später auf zwei großen Konferenzen in London (28.9.–3.10.1954) und Paris (19.–23.10.1954) eine insgesamt wesentlich effizientere Ersatzlösung für das westliche Verteidigungsproblem gefunden. Die Bundesrepublik wurde nun zum Beitritt in die NATO eingeladen. Gleichzeitig erweiterte man den Brüsseler Pakt vom 17.3.1948 um Italien und die Bundesrepublik, die damit in ihren militärpolitischen Aktivitäten beschränkt werden sollte. Entscheidend war für die Regierung Adenauer, daß dem westdeutschen Staat nun, abgesehen von geringfügigen Ausnahmen, die volle Souveränität zugestanden wurde³. Das mit den Pariser Verträgen etablierte neue europäische Staatensystem, das in seinen Grundzügen bis 1989 Bestand haben sollte, wurde in allen westlichen Hauptstädten begrüßt.

Gleichsam im Schatten der Pariser Konferenzen fand zudem ein Treffen zwischen dem deutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer und dem französischen Ministerpräsidenten Pierre Mendès France statt, dessen Bedeutung für die europäische Integration bislang unterschätzt wurde. Beide Regierungschefs vereinbarten hier eine umfangreiche Wirtschaftskooperation, die Frankreich den deutschen Markt für landwirtschaftliche Erzeugnisse eröffnete, im Gegenzug wurden der bundesdeut-

3 Detailliert hierzu: Rolf STEININGER, Das Scheitern der EVG und der Beitritt der Bundesrepublik zur NATO, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* B17/1985, S. 3–18; Hans Peter SCHWARZ, Adenauer. Der Staatsmann, Stuttgart 1991, S. 140ff.; Rolf STEININGER, J. WEBER (Hg.), *Die doppelte Eindämmung. Europäische Sicherheit und Deutsche Frage in den Fünfzigern*, Mainz 1993.

schen Industrie Exportmöglichkeiten in Frankreich zugesichert⁴. Insgesamt leitete das Treffen zwischen Adenauer und Mendès France am Rande der Pariser Konferenzen eine umfangreiche wirtschaftliche Kooperation zwischen den beiden Nachbarn ein, die schon wenige Monate später in konkrete Verträge mündete: Am 5. August 1955 wurde ein Handelsvertrag zwischen beiden Ländern unterzeichnet, in dem sich Bonn verpflichtete, 500 000 Tonnen Weizen sowie 200 000 Tonnen anderes Getreide für die Dauer von drei Jahren aus Frankreich zu importieren. Eine deutsch-französische Handelskammer wurde im Juni 1955 gegründet, und im März dieses Jahres begannen die Verhandlungen über das Niederlassungsrecht deutscher Industrieunternehmen in Frankreich. Zudem vereinbarte man eine Intensivierung der kulturellen Beziehungen. Bedeutender noch als die wirtschaftlichen waren die politischen Konsequenzen dieses Treffens zwischen dem deutschen und französischen Regierungschef. Im Oktober 1954 begann die bis heute andauernde Tradition des »Couple Franco-Allemand«, jene Sonderbeziehung zwischen den beiden größten Staaten innerhalb der Montanunion, die den Fortgang der europäischen Integration seither wesentlich bestimmt. Mendès France wurde sowohl von politischen als auch wirtschaftlichen Überlegungen geleitet: Einerseits bot die Bundesrepublik der französischen Landwirtschaft die angesichts der chronisch defizitären Zahlungsbilanz schon lange gesuchten und dringend benötigten sicheren Absatzmärkte für Agrarprodukte, andererseits trugen die engen wirtschaftlichen Beziehungen zusammen mit den Rüstungsbeschränkungen im Rahmen der WEU dazu bei, den nach wie vor als Bedrohung empfundenen westdeutschen Staat enger an den Westen zu ketten. Adenauer hingegen war bemüht, dem westlichen Nachbarn goldene Brücken zu bauen, damit Paris der ersehnten westdeutschen Souveränität, die ja mit der EVG zunächst gescheitert war, doch noch zustimmte. Sein Zugeständnis zum Import landwirtschaftlicher Güter hatte rein politische Motive, tatsächlich bestand in der Bundesrepublik zu diesem Zeitpunkt gar kein Bedarf an französischem Weizen⁵. Wichtiger noch als die konkreten wirtschaftlichen und politischen Vereinbarungen zwischen den beiden Staaten war der Stimmungswandel in den Bonner und Pariser Regierungskreisen, die sich vor allem während der Debatte um die Ratifizierung der EVG mißtrauisch beobachtet hatten. Herbert Blankenhorn, der außenpolitische Berater Adenauers, der mit der Vorbereitung des Treffens maßgeblich zum Erfolg der Gespräche beigetragen hatte, notierte in seinem Tagebuch unter dem 19. Oktober 1954: »Das Abendessen ... findet in äußerst lockerer, fast möchte ich sagen heiterer

- 4 Detailliert zu diesen Verhandlungen: Georges-Henri SOUTOU, *La France, l'Allemagne et les accords de Paris*, in: *Relations Internationales* 52 (1987) S. 451–470. Zuletzt unter starker Betonung der militärstrategischen Aspekte: Georges-Henri SOUTOU, *L'Alliance incertaine. Les Rapports politico-stratégiques franco-allemandes 1954–1996*, Paris 1996, S. 26ff.; Andreas WILKENS, *Das Programm von La-Celle-Saint Cloud. Der Ausbau der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen 1954–1957*, in: *Revue d'Allemagne*, 25 (1993) S. 565–580. Für den Gesamtzusammenhang jetzt: Guido THIEMEYER, vom »Pool vert« zur europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Europäische Integration, Kalter Krieg und die Anfänge der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik, München 1999.
- 5 Landwirtschaftsminister Lübke wies Adenauer darauf hin, daß jede Tonne Weizen, die aus Frankreich über den deutschen Bedarf importiert werde, Lagerungskosten in Höhe von jährlich 50 bis 60 DM zur Folge habe. Allein für 1955 rechnete der Landwirtschaftsminister mit Kosten in Höhe von 41 Millionen DM, vgl. Bundesarchiv Koblenz (BA), B116/1571 Brief Lübkes an Globke zum deutsch-französischen Handelsabkommen vom 15.3.1955.

Atmosphäre statt. Man hat das Gefühl, daß ein neuer Abschnitt in den deutsch-französischen Beziehungen beginnen könnte. ... Die Leute vom Quai d'Orsay, die sonst immer so zugeknöpft, ja feindlich gewesen sind, machen kein Hehl aus ihrer Erleichterung darüber, daß die supranationalen Integrationsformen in den Hintergrund treten«⁶. Ähnlich wurde die Bedeutung dieser Gespräche auf französischer Seite empfunden. André François-Poncet, der Hohe Kommissar in der Bundesrepublik, berichtete etwas überschwenglich: »L'entrevue de La-Celle-Saint Cloud, l'ampleur des perspectives ouvertes par les propositions françaises, produisent, en Allemagne une sensation profonde. Entre les deux hommes d'Etat, le contact, enfin, se noue. Les mauvais souvenirs s'effacent dans l'euphorie d'une longue soirée d'automne. Sitôt après avoir craint de perdre, à jamais, la clé de la réconciliation, les deux pays vont-ils voir, devant eux, s'ouvrir une autre porte«⁷. Die Bedeutung des deutsch-französischen Treffens am Rande der Pariser Konferenzen betonte auch die deutsche Botschaft in Paris: »Die Tatsache dieser starken wirtschaftlichen Verflechtung und insbesondere die für Frankreich ungeheuer wichtige Abnahme von Agrarprodukten durch Deutschland wurde der französischen Öffentlichkeit eigentlich erst nach der Besprechung von La-Celle-Saint Cloud bewußt. Dieses Bewußtsein ist vielleicht stärker als jedes andere geeignet, die deutsch-französische Zusammenarbeit für den »français moyen« schmackhaft zu machen«⁸.

Doch waren die bilateralen Vereinbarungen vom 19. Oktober 1954 nicht nur für die Entwicklung der Beziehungen zwischen Bonn und Paris entscheidend, auch im Ausland wurden die deutsch-französischen Beziehungen aufmerksam beobachtet. Die italienische Wirtschaftszeitung »24ore« forderte in ihrer Ausgabe vom 27. Oktober 1954 ihre Regierung auf, die deutsch-französische Zusammenarbeit genau zu verfolgen und möglicherweise auf Italien auszudehnen. »Il Mercurio« schrieb am 30. Oktober: »Von italienischer Seite müsse man Vorbehalte erheben, falls die Franzosen und Deutschen sich einbilden sollten, tatsächlich paarweise vorzugehen. Eine »partikularistische Einengung« der Beziehung zwischen Frankreich und Deutschland müsse zentrifugal auf die anderen Mitglieder der Union wirken, insbesondere wenn Diskriminierungen für den Absatz von landwirtschaftlichen Produkten vorgenommen würden, oder wenn man mit Entwicklungsprojekten von den europäischen Gebieten nach Afrika überginge«⁹. Auch die süditalienischen Obstproduzenten sahen sich durch die projektierte deutsch-französische Kooperation in Nordafrika bedroht. Frankreich erzeuge dort ähnliche Produkte wie die Landwirte Süditaliens und sei bemüht, die Produktion auszuweiten. Landwirtschaftsminister Medici wurde aufgefordert, mit der Bundesrepublik über eine Teilung der Aufgaben zwischen den süditalienischen Agrarproduzenten und denen Nordafrikas anzustreben, da nur dies dem Prinzip der Solidarität des neuen Europa entspreche¹⁰.

6 BA, NL Herbert Blankenhorn, Bd. 35, Bl. 312.

7 Archives du Ministère des Affaires Étrangères (MAEF), Europe 1944–1960, Allemagne, Vol. 129, François-Poncet à Mendès France, undatiert.

8 BA, NL Blankenhorn, Bd. 45, Fiche 3/4, Bl. 228/229, betr. Möglichkeiten der Einwirkung auf die öffentliche Meinung Frankreichs, geheim, 20.4.1955.

9 BA, B146, Bd. 728, Bericht des Generalkonsulats Mailand. Wirtschaftspresseübersicht vom 4.11.1954.

10 Ibid. »24ore« vom 29.10.1954.

Vor diesem Hintergrund entstanden in Rom im Herbst 1954 verschiedene Konzeptionen für die Fortführung der Europapolitik. Die italienische Regierung war mit der in London und Paris gefundenen Ersatzlösung für die EVG sehr zufrieden, betrachtete sie aber als Zwischenergebnis einer im Endziel wesentlich weitergestreckten europäischen Gesamtintegration¹¹. Umstritten allerdings war, in welchem Rahmen die europäische Integration vertieft werden sollte, welche Form der europäischen Einigung den italienischen Interessen entgegenkam. Insgesamt standen drei Konzeptionen zur Verfügung, die jedoch neben offenbaren Vorzügen alle auch Schwierigkeiten bargen: In einer Rede vor dem italienischen Parlament am 12. Oktober 1954 forderte Außenminister Gaetano Martino erstmals eine »Organisation der europäischen Solidarität«, ohne allerdings auf konkrete Einzelheiten einzugehen. Deutlicher wurde der italienische Außenminister einige Wochen später in einer Rede vor dem American Club in Rom, in der er die neu errichtete Westeuropäische Union als geeigneten Rahmen für die europäische Integration bezeichnete, weil sie nicht nur Großbritannien an den Kontinent anbinde, sondern auch über die NATO in einer engen Beziehung zu den Vereinigten Staaten stehe. Die WEU verkörperte für Martino die Einheit des westlichen Bündnisses, die er angesichts der in Italien besonders stark empfundenen sowjetischen Bedrohung im Mittelmeer für wünschenswert hielt¹². Und doch waren seine Vorstellungen unrealistisch: In London dachte man nicht daran, die WEU um eine politische oder gar wirtschaftliche Komponente zu erweitern, ein weiteres Engagement Großbritanniens in Kontinentaleuropa stand dort überhaupt nicht zur Debatte¹³.

Wegen der zurückhaltenden Politik Großbritanniens sprach sich der italienische Botschafter in Luxemburg, Cavaletti, für eine Vertiefung der europäischen Integration im Rahmen der Montanunion aus. Diese könne als Basis für weitere Einigungsschritte genutzt werden, schließlich verfüge sie über eine parlamentarische Versammlung, in der die wichtigsten politischen Vertreter Europas vertreten seien¹⁴. Mit diesem Argument überschätzte Cavaletti zweifellos die Bedeutung der parlamentarischen Versammlung der Montanunion. Zudem war der Versuch, der Montanunion mit der EVG eine militärische Komponente beizufügen, ja gerade gescheitert. Auch dieser Rahmen erwies sich daher zumindest aus italienischer Perspektive für weitere europapolitische Initiativen als ungeeignet.

Somit blieb der italienischen Politik nur die Konzeption, die in ihren Grundgedanken auf den einflußreichen Botschafter in Paris, Pietro Quaroni, zurückging. Aus Gesprächen mit dem französischen Ministerpräsidenten Mendès France hatte Quaroni den Eindruck gewonnen, daß eine weitere Vertiefung der europäischen Integration im Rahmen der Montanunion mit Frankreich nicht mehr zu realisieren war. Weder in der Regierung noch im Parlament gebe es nach dem Schock der EVG eine Mehrheit für die supranationale europäische Integration. Statt dessen empfahl Quaroni seinem Außenminister eine engere bilaterale Wirtschaftskooperation mit

11 Enrico SERRA, *L'Italia e la conferenza di Messina*, in: DERS. (wie Anm. 1) S. 93–124, hier S. 97.

12 Ibid. S. 98.

13 Wolfram KAISER, *Großbritannien und die EWG. Von Messina nach Canossa*, Berlin 1996, S. 21–28; Anne DEIGHTON, *Britain and the Three Interlocking Circles*, in: Antonio VARSORI (Hg.), *Europe 1945–1990s. The End of an Era?* New York 1995, S. 155–169.

14 Enrico SERRA, *L'Italia e la conferenza di Messina*, in: DERS. (wie Anm. 1) S. 100.

Frankreich, die mit dem für Januar 1955 geplanten Besuch von Pierre Mendès France in Rom begründet werden könne. Nachdem die europäische Integration im Rahmen der Montanunion und der Westeuropäischen Union nicht zu vertiefen war, strebte der italienische Botschafter in Paris eine Einbindung Italiens in die bilateralen deutsch-französischen Wirtschaftsvereinbarungen von La-Celle-Saint Cloud an. Anfang November 1954 sondierte Quaroni bei der französischen Regierung die Möglichkeit eines ähnlichen Abkommens zwischen Frankreich und Italien. Am 8. Dezember schließlich übergab die italienische Botschaft in Paris dem Quai d'Orsay ein vertrauliches Aide-Mémoire, das der Vorbereitung der französisch-italienischen Gespräche in Rom Mitte Januar 1955 dienen sollte¹⁵. Die Gespräche zwischen Martino und Mendès France in Rom, so schlug die italienische Regierung vor, sollten sich nicht nur auf die französisch-italienischen Beziehungen konzentrieren, sondern auf die Gesamtheit der europäischen und atlantischen Politik. Die deutsche Frage sollte ebenso thematisiert werden wie die Probleme der europäischen Integration und die aktuelle sowjetische Politik. »En ce qui concerne la coopération franco-italienne, il est dans l'intention du gouvernement italien de la développer au maximum par des formules ouvertes qui ne devraient point donner origine à des préoccupations de la part des pays tiers. On a souligné du côté français la possibilité d'une coopération économique franco-italienne qui se grefferait sur la coopération franco-allemande, ce qui pourrait se développer dans une intéressante expérience de collaboration triangulaire«¹⁶. Auch in den dann folgenden Gesprächen zwischen Mendès France und Martino am 12. Januar 1955 trug der italienische Außenminister noch einmal den Wunsch seiner Regierung vor, in die bilateralen deutsch-französischen Vereinbarungen eingebunden zu werden¹⁷. Mendès France jedoch reagierte sehr kühl auf das italienische Ansinnen und setzte damit um, was der Leiter der Europa-Abteilung im Quai d'Orsay ihm zur Vorbereitung der Gespräche in Rom mit auf den Weg gegeben hatte: »Il faut sans doute se garder de faire à Rome avec les Italiens exactement ce qui avait été fait à La-Celle-Saint Cloud avec les Allemands«¹⁸. Auch dieser italienische Vorstoß stieß also bald an die Grenzen des politisch Durchsetzbaren. Die französische Regierung war zu diesem Zeitpunkt nicht an einer vertieften Wirtschaftskooperation mit dem Mittelmeerstaat interessiert. Wichtig in Hinblick auf die Bewertung der »Relance européenne« sind die Motive, die hinter dem italienischen Vorschlag standen: Die Regierung in Rom befürchtete, durch die mit den Absprachen von La-Celle-Saint Cloud eingeleitete enge Wirtschaftskooperation zwischen der Bundesrepublik und Frankreich vom wichtigen deutschen Absatzmarkt vor allem für landwirtschaftliche Produkte ausgeschlossen zu werden. Die Bundesrepublik war 1954 der wichtigste Handelspartner der italienischen Wirtschaft, der nun zumindest in bezug auf Weizen und Zucker primär von Frankreich beliefert wurde. Das italienische Aide-Mémoire vom Dezember 1954 war der Versuch Roms, den durch die enge deutsch-französische Kooperation entstandenen

15 Aide-Mémoire de l'ambassade d'Italie à Paris, Confidentiel, 8.12.1954, in: DDF 1955 Tome I, No. 2, Annexe.

16 Ibid.

17 DDF 1955, Tome I, No. 23, Compte rendu de la réunion à la Villa Madame au niveau des Ministres du 11 janvier 1955.

18 DDF 1955, Tome I, No. 2, Note de la direction d'Europe, 3 janvier 1955.

Wettbewerbsnachteil auf dem deutschen Markt wieder auszugleichen. Nicht umsonst betonte Gaetano Martino in seiner Rede vor der römischen Kammer am 12. Oktober, daß die europäische Integration im Rahmen einer »Organisation der europäischen Solidarität« vertieft werden müsse¹⁹. Auch in seiner Rede zur europäischen Integration in der »Associazione delle stampa estera« stellte er den Begriff der Solidarität in den Vordergrund²⁰. Die europäische Staatengemeinschaft, ob nun im Rahmen der Montanunion oder Westeuropäischen Union, war für den italienischen Außenminister eine Schicksalsgemeinschaft, in der jede einzelne Regierung die Solidarität der anderen erwarten konnte. Eben diese Solidarität war aus italienischer Sicht durch die deutsch-französischen Wirtschaftsvereinbarungen vom Oktober 1954 verletzt worden und konnte nur durch einen neuen Anlauf zur europäischen Integration wiederhergestellt werden. Dies war der Hintergrund der vergeblichen italienischen Bemühungen um eine neue aktive Europapolitik im Herbst und Winter 1954.

Mehr noch als in Italien beherrschten die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen die Presse in Belgien, Luxemburg und den Niederlanden. »L'Entente économique franco allemande, menace pour notre industrie?« titelte die Brüsseler »La Cité« in ihrer Ausgabe vom 28. November 1954²¹. Bestenfalls, so schloß der Kommentar, könnten die bilateralen deutsch-französischen Vereinbarungen als Versuch der Regierungen in Bonn und Paris gewertet werden, ihre nationalen Probleme gemeinsam zu lösen. Aber hatten nicht alle europapolitischen Bemühungen der Benelux-Staaten einer allgemeinen Handelsliberalisierung gegolten, und waren sie nicht vor allem am französischen Widerstand gescheitert? Insgesamt wurden die deutsch-französischen Vereinbarungen als Rückfall in den Bilateralismus bewertet, den man eigentlich längst überwunden glaubte. »Si effectivement le programme Mendès-Adenauer devait donner le jour, à court terme, à une association des cartels et trusts franco-allemands et à un front commun de ces deux pays contre les autres industries européennes, il y aurait lieu de crier casse-cou«, warnte die belgische Tageszeitung. Sie schlug den Regierungen der Benelux-Staaten vor, eine »Table Ronde« der sechs EGKS-Staaten zur Diskussion über eine vertiefte ökonomische Kooperation in diesem Kreise einzurichten. »La Libre Belgique« sah durch die bilateralen deutsch-französischen Vereinbarungen die Montanunion insgesamt in Frage gestellt: »On estime aussi que la Communauté européenne Charbon Acier n'aurait plus aucun sens si l'Allemagne et la France devaient prendre des décisions en dehors des organismes de la CECA.« Insgesamt dominierte in den Wirtschaftskreisen der Benelux-Hauptstädte die Angst, durch ein deutsch-französisches Kartell vom wichtigen deutschen Markt ausgeschlossen zu werden.

Die Vereinbarungen von La-Celle-Saint Cloud und die nachfolgenden deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen beschäftigten nicht nur die Presse, sondern auch die Regierungen der Benelux-Staaten. Am 4. November wies der niederländische Landwirtschaftsminister Mansholt seinen Außenministerkollegen Willem Bey-

19 Enrico SERRA, *L'Italia e la Conferenza di Messina*, in: DERS. (wie Anm. 1) S. 97.

20 Ibid. S. 101.

21 Für das Folgende: MAEF, *Europe, Allemagne*, Vol. 478, Rivière (Bruxelles) à Mendès France, 1.12.54.

en auf die Bedeutung der Gespräche von La-Celle-Saint Cloud hin²². Auch Mansholt war beunruhigt über die deutsch-französischen Vereinbarungen, weil sie nicht mit den seit 1950 verfolgten Grundsätzen der europäischen Einigung vereinbar seien. Die niederländische Regierung sei immer gegen bilaterale Abkommen zwischen den westeuropäischen Staaten eingetreten, »omdat zij geen enkel uitzicht bieden op, ja zelfs strijdig geacht moeten worden met, ontwikkelingskansen voor een werkelijke integratie, zomede omdat zij gevaren inhouden voor de onmiddellijke Nederlandse belangen«²³. Daher schlug der Landwirtschaftsminister vor, daß die niederländische Regierung öffentlich gegen die deutsch-französischen Vereinbarungen protestiere. Gerade Belgien und die Niederlande hatten die europäische Integration immer vor allem unter dem Aspekt ihrer wirtschaftlichen Interessen gesehen. Der Plan des niederländischen Außenministers Beyen für eine Zollunion im Rahmen der Europäischen Politischen Gemeinschaft war auch in Hinblick auf die Abhängigkeit der niederländischen Wirtschaft vom deutschen Hinterland entstanden und mit der EVG im August 1954 gescheitert²⁴. Beyen informierte seinen luxemburgischen Kollegen Joseph Bech am 1. Dezember 1954 über seine Sicht der Dinge: »Le reveil de la France, sous le régime de Mendès France, est un réveil nationaliste. Conséquemment le gouvernement français tend à regarder les relations internationales entre les pays comme, avant tout, des relations bilatérales. ... Il faut se rendre compte que cette conception s'oppose, non seulement à l'idée supranationale mais, bien pis, au »multilatéralisme« qui est à la base des efforts de l'OECE et de l'UEP«²⁵. Schon am 22. Juni 1954 hatten sich die Außenminister der Benelux-Staaten, Paul-Henri Spaak, Willem Beyen und Joseph Bech, zu einer Konferenz in Luxemburg getroffen, um über die Konsequenzen dieser Entwicklung zu beraten. Bech berichtete anschließend dem französischen Botschafter Saffroy, daß die Benelux-Staaten im Falle eines Scheiterns der EVG eine außenpolitische Neuorientierung suchen müßten. Wenn ihnen die europäischen Partner keine Sicherheit böten, dann müsse man sie eben woanders suchen²⁶. Der französische Geschäftsträger in Brüssel erfuhr vom dortigen Außenminister Spaak ähnliches: Die Benelux-Staaten, so Spaak, seien weniger an der westeuropäischen Sicherheit im Rahmen der EVG interessiert, diese werde ohnehin besser durch die NATO als durch die Verteidigungsgemeinschaft gewährt. Vielmehr käme es ihnen auf die wirtschaftliche Integration Westeuropas an. Da diese aber nicht mit Frankreich durchzuführen sei, werde man sich nach Partnern in Übersee umsehen²⁷. Das war jedoch leichter gesagt als getan. Die Wirtschaft speziell der Niederlande war sehr stark auf den traditionellen deutschen Absatzmarkt konzentriert, so daß sich ein kurzfristiger Kurswechsel ohne Verluste gar nicht realisieren ließ. Vor allem

22 Ministerie van Landbouw, Natuurbeheer en Visserij, Archivdepot Den Haag (ML) Blok 2, Vol. 812, Mansholt an Beyen, 4.11.1954.

23 Ibid. »weil sie keine Aussicht auf eine wirkliche Integration bieten, ja zu dieser sogar in Widerspruch stehen, und daher Gefahren für unmittelbare niederländische Interessen bergen«.

24 Richard GRIFFITHS, The Beyen-Plan in: DERS., The Netherlands and the Integration of Europe, Amsterdam 1990, S.165–182.

25 Zit. nach Gilbert TRAUSCH, Le Luxembourg face aux Traités de Rome. La Stratégie d'un petit pays, in: SERRA (wie Anm. 1) S. 423–459, hier S. 426.

26 MAEF, Europe 1944–1960, Généralités, Vol. 75, Saffroy à Mendès France, 23.6.1954.

27 MAEF, Europe 1944–1960, Généralités, Vol. 75, Rivière à Mendès France, 24.6.1954.

für die aus holländischer Sicht bedeutsamen Landwirtschaftsprodukte ließen sich kaum andere Absatzmärkte finden als die der Bundesrepublik. Zum anderen waren auch die vom luxemburgischen Außenminister ins Gespräch gebrachten amerikanischen Absatzmärkte für Agrarprodukte ebenso wie die europäischen stark gegen ausländische Konkurrenz abgeschottet. Die US-Agrarwirtschaft produzierte nach dem Wegfall der umfangreichen Lieferungen nach Europa im Rahmen der Marshallplan-Hilfe erhebliche Überschüsse, die schon bald zu einem wichtigen innenpolitischen Problem wurden. Am 14. Juli 1954 sah sich Präsident Eisenhower gezwungen, ein Gesetz zu unterzeichnen, das die Regierung ermächtigte, überschüssige landwirtschaftliche Produkte im Wert von einer Milliarde Dollar in den folgenden drei Jahren durch Schenkung oder subventionierten Verkauf zu verwerten²⁸. Insgesamt lagerten zu diesem Zeitpunkt bei der Commodity Credit Corporation, der staatlichen Agentur zur Lagerung und zum Verkauf überschüssiger Agrarprodukte, landwirtschaftliche Güter im Wert von 2500 Millionen Dollar. Das nun unterzeichnete Public Law 480 (Agricultural Trade Development and Assistance Act) ermöglichte der amerikanischen Regierung Verkäufe gegen fremde Währung von Weizen, Baumwolle, Butter und Fleisch über den normalen Absatz hinaus. Die US-Administration bediente sich hierbei sogenannter Dreiecksgeschäfte. Das europäische Empfängerland mußte die Agrarprodukte nicht wie bisher üblich in US-Dollar zahlen, sondern in eigener Währung. Die amerikanische Regierung leitete dann die Erlöse in Fremdwährung an Entwicklungsländer weiter, die damit dringend benötigte Investitionsgüter in Europa erwerben konnten. So finanzierten die USA die Einfuhr europäischer Investitionsgüter in die Dritte Welt und verschenkten gleichzeitig amerikanische Agrarüberschüsse in Westeuropa. Für die dortigen Regierungen jedoch hatte dies nicht nur Vorteile: Zwar konnten sie nun die benötigten US-Importe in eigener Währung bezahlen, die Einfuhr von Nahrungsmitteln belastete nicht mehr die Devisenbilanz, dafür aber überschwemmte die amerikanische Export-Offensive die Weltmärkte mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu Dumping-Preisen, so daß die europäischen Exporteure nun in Schwierigkeiten gerieten²⁹. In einer Rede vor der amerikanischen Gesellschaft in Den Haag am 20. Januar 1955 kritisierte der niederländische Landwirtschaftsminister Mansholt daher die US-Agrarpolitik³⁰. Angesichts der drohenden weltweiten Agrarkrise sei eine internationale Kooperation auf diesem Wirtschaftssektor notwendig. Weltweit, so analysierte Mansholt, gebe es zwei Gruppen von Ländern: Die ersten seien nicht in der Lage, die Ernährung der eigenen Bevölkerung zu sichern, während die zweite Gruppe von Industriestaaten unter einer landwirtschaftlichen Überproduktion leide. Es gebe aber keinen Handel zwischen den Entwicklungsländern und den Industriestaaten, weil die Dritte Welt zu arm sei, um die notwendigen Nahrungsmittelimporte zu bezahlen. Das Überschuß-Problem sei, so fuhr Mansholt fort, nur durch ein internationales Abkommen

28 Archiv der Gegenwart, 1954, 4627B, Vereinigte Staaten, Landwirtschaft.

29 BA, B146/799, Erster Halbjahresbericht über das US-Gesetz 480 zur Förderung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Überschüßerzeugnisse, 21.1.1955.

30 BA, B146/717, Adress by Mr. Mansholt, Minister of Agriculture to the American Association in The Hague, 20 January 1955. Das Manuskript wurde dem deutschen Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit über die Botschaft Den Haag übersandt.

zu lösen, in dem sich die Agrar-Export-Länder mit den potentiellen Importeuren auf bestimmte Lieferquoten einigten. Der geeignete Rahmen für ein solches Abkommen war aus seiner Sicht die Food and Agriculture Organisation (FAO), die für Landwirtschaft zuständige Unterorganisation der Vereinten Nationen mit Sitz in Rom. Doch waren alle Versuche in diesem Rahmen zu einer Einigung zu kommen gescheitert, zum Nachteil vor allem für die unterentwickelten Regionen der Welt. Wenn es den Industrienationen gelänge, den Ländern der Dritten Welt den Anschluß an sie zu ermöglichen und den Lebensstandard zu erhöhen, dann wäre hiermit ein großer Markt für landwirtschaftliche Produkte erschlossen, der das Überschuß-Problem lösen würde. Zudem spielte dieser Aspekt auch eine wichtige Rolle in der weltweiten Auseinandersetzung mit der Sowjetunion: »It has rightly been argued that the defence of the free world is as much a matter of economic policy as it is a matter of military defence. The western world is a relatively small group of nations that wish to maintain a high standard of living on the basis of democracy. In particular in the Far East however there is a group of young nations that have hardly emerged from the era of colonialism. If the western world does not succeed in assisting those nations in developing their economies and their political system, without interfering politically in those countries, the western world will have lost the struggle with Russia and her satellites«³¹. Der Kalte Krieg wurde also aus der Sicht Mansholts nicht nur auf der militärischen und politischen Ebene ausgetragen, sondern hatte ebenso eine ökonomische Komponente. Es galt, die unterentwickelten Gebiete der ehemaligen Kolonialstaaten durch wirtschaftliche Kooperation in die westliche Welt einzubinden, um sie nicht an den von der Sowjetunion beherrschten Block zu verlieren. Zugleich würde damit der Lebensstandard dieser Gebiete so gesteigert, daß sie zu interessanten Handelspartnern für die Industriestaaten würden. Damit stellte Mansholt die ökonomischen Probleme der westlichen Welt, die aus seiner Sicht maßgeblich durch die landwirtschaftliche Überproduktion geprägt wurden, in Zusammenhang mit dem die gesamten internationalen Beziehungen überwölbenden Kalten Krieg. Unter diesem Aspekt sah er auch die europäische Integration. In Europa, so führte er weiter aus, habe die Sowjetunion im Jahre 1954 einen gewaltigen Erfolg errungen, als die supranationale europäische Integration im Rahmen der EVG scheiterte. Der Fehlschlag wurde zwar durch die Londoner und Pariser Vereinbarungen wieder korrigiert, doch die NATO und die WEU seien nichts als militärische Bündnisse, die als Rahmen zur Vertiefung der europäischen Integration nicht taugten. Mit der Montanunion und der Luxemburger Resolution über eine europäische Zollunion vom 10. September 1952 jedoch sei den europäischen Regierungen ein Vorbild für die Kooperationsfähigkeit Westeuropas gegeben. Nach der Ratifizierung der Pariser Verträge, so Mansholt, müßten diese Fäden wieder aufgenommen werden, die vorübergehend unterbrochen wurden³². Mansholt kündigte also eine neue europapolitischen Initiative im Rahmen der Montanunion an. Bemerkenswert an der Rede des niederländischen Landwirtschaftsministers ist die Verknüpfung der militärisch-politischen Aspekte des Kalten Krieges mit den wirtschaftli-

31 Ibid.

32 Ibid.

chen Problemen der westlichen Welt. Beides gehörte aus seiner Sicht unbedingt zusammen, beides waren verschiedene Seiten derselben Medaille.

Anlässlich der Budget-Debatte des niederländischen Parlaments Anfang März ging der niederländische Minister erneut auf die wirtschaftlichen Probleme Europas ein, nun aber unter dem Aspekt der deutsch-französischen Vereinbarungen von La-Celle-Saint Cloud³³. Wie schon zuvor beurteilte er die bilateralen Verhandlungen zwischen den beiden größten Staaten in der Montanunion sehr skeptisch. Noch könne man die Reichweite der Kooperation nicht abschätzen, auf jeden Fall aber seien die deutsch-französischen Verhandlungen über den Agrarhandel eine Gefahr für den niederländischen Export. Aber, so führte Mansholt weiter aus, die Benelux-Staaten hätten schon gemeinsam Überlegungen darüber angestellt, wie sie auf die deutsch-französische Handelspolitik reagieren würden. Er spielte damit auf die Ergebnisse der Benelux-Außenministerkonferenz in Brüssel vom 24.11.1954 an, auf denen die Konsequenzen der deutsch-französischen Vereinbarungen für die Benelux-Staaten erörtert worden waren³⁴. Paul-Henri Spaak berichtete dem französischen Botschafter anschließend, es sei einerseits natürlich, daß die beiden größten Länder ihre wirtschaftlichen Interessen aufeinander abstimmten. Andererseits aber seien aus Sicht der Benelux-Staaten die OEEC oder die Montanunion der geeignete Rahmen für Verhandlungen dieser Art. Daher würden die Benelux-Staaten den Vorschlag einer »Relance européenne« unterbreiten, an deren Ende ein gemeinsamer Markt der westeuropäischen Staaten stehen müßte. Welche Länder in diesen integriert würden, und wie dieser Markt konkret aussehen werde, das könne noch nicht gesagt werden. Auf jeden Fall müsse man schnell voranschreiten, zumal selbst die Gegner der europäischen Integration im belgischen Parlament angesichts der deutsch-französischen Übereinkünfte nun ihre Meinung geändert hätten.

Damit werden zwei Motive für die europapolitischen Überlegungen der Benelux-Staaten im Herbst 1954 deutlich: Der durch die Vereinbarungen von La-Celle-Saint Cloud eingeleitete neue deutsch-französische Bilateralismus drohte die kleineren westeuropäischen Staaten von den Märkten der beiden großen auszuschließen. Angesichts der Bedeutung des deutschen Marktes vor allem für niederländische Landwirtschaftsprodukte mußten die Benelux-Regierungen hierauf reagieren. Verschärft wurde die Situation zusätzlich durch die gleichzeitig eingeleitete amerikanische Agrar-Export-Offensive, die den niederländischen Exporteuren wichtige Märkte in Westeuropa durch Dumping-Methoden streitig machte. Die Konsequenzen aus dieser Entwicklung zog der niederländische Außenminister Willem Beyen in seiner Denkschrift über die Fortführung der europäischen Integrationspolitik vom 19.11.1954³⁵. Zur Zeit, so analysierte Beyen, sei die Fortführung der von den Niederlanden gewünschten supranationalen europäischen Integration wegen der negativen Haltung der französischen Regierung nicht möglich. Daher müsse sich Den Haag darauf beschränken, die bestehende supranationale Institution, die Montanunion, zu verteidigen, um sie nicht in der Bedeutungslosigkeit versinken zu

33 MAEF Europe 1944–1960 Allemagne, Vol. 478, Garnier (La Haye) à Pinay. Les Pays Bas et les projets de coopération économique franco-allemande, 7.3.1955.

34 DDF 1954, Tome II, No. 400, Rivière (Bruxelles) à Mendès France, 30.11.54. Vgl auch No. 401.

35 KERSTEN, HARRYVAN (wie Anm. 2) S. 133–136.

lassen. Zugleich sollten alle Versuche, in einem anderen Rahmen als dem der Montanunion weiterzukommen unterbunden werden. Vor allem der französische Vorschlag eines Rüstungspools, der nur auf die sicherheitspolitischen Interessen Frankreichs abgestimmt sei, müsse abgelehnt werden. Der niederländische Außenminister schlug also zunächst einen defensiven Kurs ein. An dem für die Niederlande so erfolgversprechenden Konzept der supranationalen Integration wurde unbedingt festgehalten. Da eine Vertiefung dieses Integrationsansatzes zu diesem Zeitpunkt angesichts der französischen Opposition nicht in Frage kam, sollte abgewartet werden, bis in Paris wieder eine integrationsfreundliche Regierung die Geschäfte übernahm.

Die Einschätzung des niederländischen Ministers über die Fortführung der europäischen Integration traf sich in wesentlichen Punkten mit der der belgischen Regierung um die Jahreswende 1954/55. Auf der bereits erwähnten Außenministerkonferenz vom 24. November 1954 hatte Paul-Henri Spaak zum ersten Mal von einer »Relance européenne« gesprochen³⁶. Spaak war wie sein niederländischer Kollege Beyen davon überzeugt, daß die Fortführung der europäischen Integration nur im Rahmen der supranationalen Montanunion sinnvoll sei. Doch dachte der belgische Außenminister in weltpolitischen Dimensionen: »Comment l'Europe ... peut-elle s'affirmer avec la puissance nécessaire si l'on ne réalise pas un large marché en face des marchés de 150 et de 200 millions d'habitants, dont les Etats-Unis et l'URSS nous donnent respectivement l'impressionnant spectacle?«³⁷, fragte er den französischen Botschafter Rivière. Die Konkurrenzfähigkeit Europas auf dem Weltmarkt zwischen den USA und der Sowjetunion war aus seiner Sicht ein wesentliches Argument für die Integration der europäischen Nationalstaaten. Doch kam aus Brüsseler Perspektive noch ein Punkt hinzu: »Au demeurant, il [gemeint ist Spaak, d. V.] s'est déclaré »plus européen que jamais«, très frappé de ce qui se passe en Extrême Orient (Conférence de Bandoung), et d'un autre coté par l'évolution de l'affaire autrichienne qui, tendant à la neutralisation de l'Autriche, ne peut que nous inciter plus encore à accrocher solidement l'Allemagne à l'Europe occidentale«³⁸. Damit reagierte der belgische Außenminister auf die jüngste Entwicklung in der Weltpolitik. Zum einen fand Mitte April 1955 in Bandung (Indonesien) eine Konferenz statt, auf der insgesamt 29 vor allem afrikanische und asiatische Staaten die Blockfreien-Bewegung gründeten, mit dem Ziel, gemeinsam der Vorherrschaft Washingtons und Moskaus ein Gegenwicht zu setzen und die eigenen Interessen besser zu vertreten. Auch wenn die Bewegung der Blockfreien später weit hinter den in sie gesetzten Erwartungen zurückblieb, wurde sie von den europäischen Politikern als potentielle Konkurrenz zu Europa gesehen. Der alte Kontinent, so die Konsequenz Paul-Henri Spaaks, konnte dieser Herausforderung nur begegnen, wenn er gemeinsam handelte. Gleichzeitig blieb die deutsche Frage aktuell. Die von der Sowjetregierung beim Besuch des österreichischen Bundeskanzlers Raab in Moskau vom 12. bis zum 15. April 1955 unter der Bedingung der Neutralität genehmigte Souveränität für die Alpenrepublik drängte sofort die Frage nach einer möglichen ähnlichen Lösung für

36 DDF 1954, Tome II, No. 400, Rivière (Bruxelles) à Mendès France, 30.11.1954.

37 DDF 1954, Tome II, No. 401, Rivière (Bruxelles) à Mendès France, 30.11.1954.

38 MAEF, Europe 1944–1960, Vol. 611, Rivière à Pinay, 26.4.1955.

Deutschland auf. Das war aber zehn Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs auch für den belgischen Außenminister nicht akzeptabel. Wie die französische Regierung sah auch Belgien die Einbindung der Bundesrepublik in Europa als Bestandteil der nationalen Sicherheitspolitik³⁹.

Vor dem Hintergrund dieser Überlegungen entstanden im Frühjahr 1955 in den Brüsseler und Haager Administrationen eine Vielzahl europapolitischer Ideen mit zum Teil unterschiedlicher Zielsetzung⁴⁰. Vor allem in Brüssel wirkte der Einfluß Jean Monnets, der, nachdem er im November 1954 seinen Rücktritt als Präsident der Hohen Behörde bekanntgegeben hatte, die Ausweitung der Kompetenzen dieser Behörde um die Bereiche Kernenergie und Verkehr anstrebte. Die Atomwirtschaft galt zu dieser Zeit als Zukunftsindustrie, von der Monnet eine neue industrielle Revolution erwartete. Doch war ihre Entwicklung mit so hohen Kosten verbunden, daß kein einzelner der europäischen Nationalstaaten hier entscheidende Fortschritte erzielen konnte. Die Integration aller zur Verfügung stehenden Ressourcen unter der Leitung einer »Hohen Behörde« versprach daher die Zustimmung aller Regierungen zu bekommen. Für diesen Ansatz der Erweiterung der sektoriellen europäischen Integration gewann Monnet den belgischen Außenminister. Doch war beiden bewußt, daß ein grundlegender europapolitischer Kurswechsel in Frankreich die Voraussetzung für den Erfolg ihres Projektes war, und das bedeutete vor allem, daß Pierre Mendès France nicht mehr für die französische Außenpolitik zuständig sein durfte. Der Sturz seiner Regierung am 5. Februar 1955 bedeutet daher aus der Sicht Monnets und Spaaks einen wesentlichen Schritt zur Verwirklichung ihrer Pläne, auch wenn die europapolitische Position der nachfolgenden Regierung unter Edgar Faure keineswegs eindeutig war.

Auf der Konferenz der Benelux-Außenminister vom 10. März 1955, auf der vor allem über die Nachfolge Jean Monnets als Präsident der »Hohen Behörde« in Luxemburg beraten werden sollte, schlug Spaak seinen Kollegen vor, zur nächsten Konferenz der Montanunion ein gemeinsames Memorandum zur Vertiefung der Integration vorzulegen⁴¹. Eine gemeinsame Initiative der Benelux-Staaten, so meinte der belgische Außenminister, sei ein guter Ausgangspunkt für weitere Verhandlungen über die europäische Integration. Dies traf sich mit den Vorstellungen des niederländischen Außenministers Beyen. Während aber Monnet und Spaak eine Erweiterung der sektoriellen Integration anvisierten, trat Beyen für eine horizontale Vertiefung des europäischen Zusammenschlusses ein, das hieß einen gemeinsamen Markt, der grundsätzlich alle Wirtschaftszweige umfassen sollte. Für Frankreich, das offenbar in erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten sei, könne eine Übergangszeit vereinbart werden. Wichtig sei jedoch, und hier trafen sich die Ansätze Beyens und Spaaks, daß der supranationale Charakter der Integration gewahrt bleibe.

Die Ideen Beyens waren selbst in der niederländischen Regierung umstritten⁴². Ministerpräsident Willem Drees hielt die Pläne für eine Zollunion, die ja im Rahmen

39 Paul-Henri SPAAK, *Combats inachevés*. Tome II: De l'espoir aux déceptions, Paris 1969, S. 76/77.

40 Detailliert hierzu: KERSTEN, HARRYVAN (wie Anm. 2) *passim*.

41 *Ibid.* S. 142f.

42 ML, Blok 2, Vol. 814, Aantekening voor de Heer Minister, betreft: Ministerraadsvergadering van 28 Maart-Benelux initiatief voor hervatting Europese integratiebesprekingen, undatiert.

der Europäischen Politischen Gemeinschaft schon einmal gescheitert waren, für schlicht unrealistisch. Die französische Regierung sei abhängig von den Gaullisten im Kabinett, sie würden einem solchen Konzept niemals zustimmen. Wirtschaftsminister Jelle Zijlstra meinte, es sei sinnvoller, die Integration nach belgischem Muster zunächst auf einzelne Sektoren zu begrenzen. Wichtig für den Erfolg des Beyen-Planes war seine Unterstützung durch Landwirtschaftsminister Sicco Mansholt. Er plädierte zwar zunächst dafür, die supranationalen politischen Institutionen auszubauen, die anschließend als Basis für den Ausbau der wirtschaftlichen Integration dienen sollten, schwenkte dann aber auf den Kurs Beyens ein. Am 28. August 1955 gab das niederländische Kabinett seine Zustimmung zum Beyen-Plan einer Zollunion auf der Ebene der sechs EGKS-Staaten. Nachdem er die Zustimmung der eigenen Regierung erreicht hatte, nahm Beyen wieder Kontakt zu Spaak auf. Am 4. April 1955 schickte er seinem belgischen Kollegen eine Note, in der er erneut eine enge Kooperation der Benelux-Regierungen zur Vertiefung der europäischen Integration vorschlug. Ziel sei, so formulierte Beyen, »une communauté supranationale, ayant pour tâche de réaliser l'intégration économique de l'Europe au sens général en passant par la voie d'une Union Douanière à la réalisation d'une Union Economique«⁴³. Im Laufe des April 1955 entstand in enger Kooperation zwischen den Außenministerien der Benelux-Staaten jenes Memorandum, das auf der Konferenz der Montanunion in Messina Anfang Juni 1955 diskutiert werden sollte. Sektorielle und horizontale Integration standen nun ergänzend nebeneinander, das war das Ergebnis eines Kompromisses zwischen den Ansätzen Beyens und Spaaks. Das Memorandum wurde den Regierungen der Montanunion-Staaten am 20. Mai 1955 übersandt⁴⁴. Es enthielt die geschilderte Fortführung der sektoriellen Integration auf den Gebieten klassische Energie, Kernenergie und Verkehr, die jeweils von einer Behörde geleitet werden sollten. Parallel hierzu wurde durch schrittweisen Abbau der Zölle und Kontingente ein gemeinsamer Markt angestrebt, dessen Endziel eine Wirtschaftsunion war.

Die Frage war nun, wie Frankreich und die Bundesrepublik Deutschland auf diese Initiative reagieren würden. Das Gesprächsprotokoll von La-Celle-Saint Cloud gibt keinen Hinweis darauf, daß Adenauer und Mendès France die bilateralen deutsch-französischen Vereinbarungen als Vorstufe einer weitergespannten Kooperation sahen⁴⁵. Zumindest der französische Ministerpräsident wollte die Zusammenarbeit auf die bilaterale Ebene begrenzen, das zeigte seine zurückhaltende Reaktion auf das italienische Aide-Mémoire vom 8. Dezember 1954. Hingegen betonte der deutsche Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Walter Hallstein, in einem Interview mit einer US-amerikanischen Fernsehstation am 6. November 1954, daß die deutsch-französischen Vereinbarungen keineswegs das Ende der europäischen Integrationsbestrebungen seien, sondern vielmehr einen neuen Ansatz verfolgten⁴⁶. Auch wenn Kon-

43 Zit. nach HARRYVAN, KERSTEN (wie Anm. 2) S. 146.

44 Text in: AdG, Jg. 25 (1955) 5189 B. Zur Entstehung auch Hanns Jürgen KÜSTERS, Die Gründung der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, Baden-Baden 1982, S. 64–127.

45 BA, NL Blankenhorn, Bd. 35, Bl. 313–318.

46 MAEF, Europe 1944–1960, Allemagne, Vol. 387, United Press Meldung: Les propositions de coopération économique et culturelle franco-allemands menent à l'intégration européenne déclare M. Walter Hallstein, 6.12.1954.

rad Adenauer in seinen Memoiren ähnliches schildert, mögen diese Überlegungen erst in langfristiger Hinsicht interessant gewesen sein⁴⁷.

Jedoch konnte die Initiative Spaaks und Beyens nur erfolgreich sein, wenn sie die Zustimmung der französischen Regierung fand, was jedoch zweifelhaft war. Paris verfolgte nämlich im Januar 1955 ein eigenes Europa-Projekt: Am 6. Januar übersandte der Quai d'Orsay den Mitgliedstaaten der WEU ein Memorandum mit dem Vorschlag eines Rüstungspools zur Vertiefung der europäischen Integration. Mendès France kam damit auf eine Idee zurück, die er bereits auf der Londoner Konferenz im September 1954 formuliert hatte, die dort jedoch von den Verhandlungspartnern verworfen worden war. Auch während der Verhandlungen mit Adenauer in La-Celle-Saint Cloud hatte Mendès France die Idee eines Rüstungspools angesprochen, an dem die deutsche Seite sich aber auch hier nicht interessiert zeigte. Der Grund hierfür lag auf der Hand: Die französische Regierung schlug eine Agentur vor, die die Waffenlieferungen aus den USA für die europäischen Partnerländer verteilen und gleichzeitig deren eigene Produktion überwachen sollte. Das richtete sich, für jedermann leicht durchschaubar, vor allem gegen die rüstungspolitischen Aktivitäten der Bundesrepublik, die auf diese Weise einer zusätzlichen Kontrolle unterzogen werden sollten. Das seit 1950 gültige Motiv der französischen Deutschlandpolitik, Kontrolle durch Einbindung, kam hier, wenn auch in allzu plumper Form, erneut zur Geltung. Die Bundesregierung reagierte aber jetzt ausweichend, während der niederländische Außenminister Beyen das Projekt rundweg ablehnte⁴⁸. Ein solcher Vorschlag, dazu noch im Rahmen der WEU, entsprach nicht den niederländischen Vorstellungen von supranationaler Wirtschaftsintegration. Diese wiederum wurde von der französischen Regierung verworfen.

Nach dem Sturz der Regierung Mendès France am 5. Februar 1955 bemühten sich der neue Ministerpräsident Edgar Faure und sein Außenminister Antoine Pinay, der französischen Europapolitik eine solidere Basis zu geben. René Massigli, zuvor Botschafter in London und nicht zuletzt deswegen der supranationalen Europapolitik Monnets und Schumans gegenüber äußerst skeptisch, wurde nun Secrétaire Général im Quai d'Orsay. Er fertigte am 7. April 1955 eine Denkschrift für Ministerpräsident Faure an, in der er die Möglichkeiten für die französische Europapolitik auslotete⁴⁹. Massigli riet zu einem pragmatischen Vorgehen. Die Fehler der Vergangenheit, als man mit Projekten wie dem »Pool Vert« oder dem »Pool de la Santé« den Boden der Realität verloren habe, dürften sich nicht wiederholen. Jede europapolitische Initiative müsse innenpolitisch sorgfältig vorbereitet werden. Massigli forderte die französische Administration auf, die Bereiche zu untersuchen, in denen die Kooperation auf europäischer Ebene im Interesse Frankreichs liege. Auf diesen Gebieten solle dann langfristig auf eine Kooperation hingearbeitet werden. Olivier Wormser, der Leiter der Wirtschaftsabteilung im französischen Außenministerium, unterstützte die Vorschläge Massigli und warnte in diesem Zusammenhang sofort vor einer allgemeinen Wirtschaftsintegration nach dem Vorbild des Beyen-Plans⁵⁰. Schon 1953/54, bei der

47 Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1955–1959*, Stuttgart 1967, S. 370.

48 DDF 1955, Tome I, No. 62, Garnier (La Haye) à Edgar Faure, 2.2.1955.

49 MAEF, DECE, Vol. 611, Le Ministre des Affaires Etrangères au Président du Conseil, 7.4.1955.

50 MAEF, DECE, Vol. 611, Note du Service de Coopération économique, 14.4.1955.

Diskussion um die Europäische Politische Gemeinschaft, seien die wesentlichen Argumente ausgetauscht worden. »D'autre part, l'extension progressive du marché commun peut apparaître comme conduisant à l'unification de la monnaie, ce qui, en termes politiques, signifie la marche vers l'état unitaire. Cette considération ne serait pas sans effrayer des larges sections de l'opinion publique«⁵¹. Die französische Administration sah die Initiative der niederländischen Regierung zugunsten einer Zollunion im Frühjahr 1955 tatsächlich als Neuauflage des Beyen-Plans vom September 1953⁵². Diesen aber, das war schon in der Diskussion um die EPG 1953/54 deutlich geworden, lehnten die französischen Wirtschaftspolitiker aus wirtschaftsordnungspolitischen Gründen ab. Die Liberalisierung der Industrie- und Agrarmärkte Europas, so analysierte eine Aufzeichnung der Wirtschaftsabteilung des Außenministeriums vom 20. April 1955, führe zu einer Verschärfung des Wettbewerbs, auf den Industrie und Landwirtschaft mit Zusammenschlüssen reagieren würden. Am freien Markt setzten sich nur jene Unternehmen durch, die aufgrund ihrer Größe eine hohe Produktivität erzielten. Bei der Integration der Märkte für Kohle und Stahl habe ein Konzentrationsprozeß eingesetzt, so daß diese Märkte nun unter einigen großen Unternehmen aufgeteilt seien. Genau dies geschehe auch auf anderen Märkten, die der freien Konkurrenz ausgesetzt würden. Dabei seien schon jetzt die reichen Länder, wie die Bundesrepublik und die Niederlande im Vorteil, weil ihre Wirtschaft eine deutlich höhere Produktivität aufweise als die französische. Die Konsequenz hieraus war auch klar: »Ainsi donc l'intégration a pour conséquence logique une discrimination accrue entre pays pauvres et pays riches, régions pauvres et régions riches, habitants pauvres et habitants riches d'un même pays«⁵³.

Die Wirtschaftsexperten der Regierung lehnten daher eine Zollunion nach niederländischen Vorstellungen unter Hinweis auf die ordnungspolitischen Grundsätze der französischen Wirtschaft ab. Die traditionelle, immer wieder auf Colbert zurückgeführte französische Wirtschaftstradition beruhte auf zwei Säulen: Dies war erstens die gezielte industriepolitische Unterstützung der Regierung für Unternehmen, die als förderungswürdig galten, und deren Ziel die Erhaltung einer breiten Industriestruktur war. Zweitens wurde die einheimische Wirtschaft durch hohe Außentarife vor ausländischer Konkurrenz geschützt⁵⁴. Das von Beyen vorgeschlagene Konzept der Zollunion hingegen basierte nach französischer Auffassung auf der liberalen anglo-amerikanischen Wirtschaftstradition, die den Primat des Wettbewerbs vor der Industriepolitik betonte und staatliche Interventionen in den Wirtschaftsprozess sehr kritisch beurteilte. Die französische Administration lehnte die Konzeption Beyens im Frühjahr 1955 nicht nur aus politischen Gründen ab, die vor allem René Massigli formuliert hatte, sondern auch, weil sie nicht mit der wirtschaftspolitischen Tradition Frankreichs vereinbar war. Die gerechte Verteilung des Wohlstandes konnte aus französischer Sicht nicht ausschließlich über den Markt

51 Ibid.

52 MAEF, DECE, Vol. 611, Garnier (La Haye) à Pinay, 16.4.1955.

53 MAEF, DECE, Vol. 611, Note du Service de coopération économique, 20.4.1955.

54 Henrik UTERWEDDE, Wettbewerbsfähigkeit und Industriepolitik: Deutsche und französische Strategien, in: Handeln für Europa. Deutsch-französische Zusammenarbeit in einer veränderten Welt, Opladen 1995, S. 192–212, hier S. 203.

erreicht werden, wie es die liberale Wirtschaftstradition forderte, sondern der Staat mußte regulierend in den Marktprozeß eingreifen. Nur eine staatliche Regulierung konnte nach dieser Auffassung die durch den wirtschaftlichen Modernisierungsprozeß entstandenen Spannungen in der französischen Gesellschaft abfedern.

Zusätzliches Gewicht erhielten diese Argumente durch die latente gesellschaftliche Krise der Vierten Republik, die sich im Frühjahr 1955, als jene Debatte geführt wurde, gefährlich zuspitzte: »Edgar Faure kommt in einem Augenblick an die Regierung«, berichtete die deutsche Botschaft nach Bonn, »in dem die sozialen Gegensätze weit aufzubrechen drohen, in dem die verschiedenen Interessen-Gruppen ihn von allen Seiten bestürmen, um einen größeren Brocken des nationalen Kuchens zu erhalten. ... Fast sämtliche Sektoren geraten gemeinsam in Bewegung: Die Postbeamten, die nationalisierten Gas- und Wasserwerke ..., die Zuckerrübenindustrie, das Alkoholgeschäft, die Bauernverbände, die sich über Absatzschwierigkeiten beschweren- all das stürmt auf die neue Regierung ein, die bisher mit kleinen und kleinsten Mitteln darauf reagiert«⁵⁵. Unter diesen Voraussetzungen war die französische Regierung nicht bereit, über eine Zollunion nach niederländischen Vorstellungen zu diskutieren. Zur Vorbereitung der Messina-Konferenz faßte Olivier Wormser die französischen Bedenken zusammen⁵⁶.

»La communauté économique que proposent les pays du Benelux, fondée sur un marché commun à réaliser par la suppression progressive des droits de douane et des restrictions quantitatives n'est pas acceptable pour la France parce que:

- 1) Elle accentue l'inégalité des situations économiques, enrichissant les régions et les industries les plus riches et appauvrissant les plus pauvres.
- 2) Cette difficulté ne pourrait être surmonté que par la création préalable d'un état unique, à laquelle conduirait de toute manière l'existence d'une monnaie commune.
- 3) Il est impossible d'envisager la suppression des protections dont l'agriculture bénéficie.
- 4) L'institution d'une Communauté européenne poserait le problème des liens entre la France et le reste de l'Union française.
- 5) Il ne paraît pas exister au Parlement de majorité pour approuver un tel projet.
- 6) L'établissement d'un tarif douanier commun se heurte à la coexistence de pays à tarif élevés et de pays à bas tarifs (Benelux) ces derniers se refusent à ce que le niveau de la protection tarifaire commune soit supérieur à celui actuellement atteint par leurs propres tarifs«⁵⁷.

Gleichwohl, so hielt Wormser fest, könne die französische Regierung den niederländischen Vorschlag nicht einfach ablehnen. Vielmehr sollte sie in Verhandlungen mit den Partnern in der Montanunion darüber eintreten, unter welchen Bedingungen ein gemeinsamer Markt errichtet werden könnte. So seien die Benelux-Länder gezwungen, ihre Position noch weiter zu erklären. Zudem könnte man den Vorschlag Beyens auch als europäische Präferenzzone interpretieren, in deren Rahmen ein gemeinsamer Außentarif gar nicht notwendig sei. Auf jeden Fall hielt Wormser es für

55 BA, B136/3624-1, Edgar Faure und soziale Lage in Frankreich, 8.3.1955.

56 MAEF, DECE, Vol. 611, Note du Service de Coopération économique, 26.5.1955.

57 Ibid.

falsch, das Projekt von Beginn an abzulehnen. Trotz der Abneigung gegen eine Zollunion im Rahmen der Sechs erschien den französischen Beamten die Kooperation auf anderen Gebieten durchaus interessant. Vor allem das Projekt eines Atompools war aus französischer Sicht sinnvoll, wenn auch nicht, wie im Benelux-Memorandum vorgeschlagen, unter der Leitung einer supranationalen Hohen Behörde⁵⁸. Die französische Regierung strebte hierfür eine intergouvernementale Kooperation an, in deren Rahmen die Ressourcen der europäischen Nationalstaaten hinsichtlich der Atomwirtschaft zusammengelegt werden sollten. Das gleiche galt für die Bereiche Transport und Energie, in denen die europäische Zusammenarbeit durch einen Investitionsfonds gefördert werden könne. Auch die französische Regierung war also im Frühjahr 1955 einer »Relance Européenne« nicht abgeneigt. Und doch unterschieden sich die französischen Vorstellungen fundamental von jenen der Niederlande. Während Den Haag eine Vertiefung der europäischen Integration im Rahmen der supranationalen Montanunion anstrebte, hielt Paris die Fortführung der intergouvernementalen Kooperation bei konkreten Einzelprojekten wie der Atomwirtschaft und dem Verkehr für richtig. Eine europäische Zollunion war für die Regierung Faure aus außen-, wirtschafts- und nicht zuletzt innenpolitischen Gründen nicht akzeptabel.

Ganz anders sah die europäische Integration aus deutscher Perspektive aus. Für Bundeskanzler Konrad Adenauer stand im Frühjahr 1955 das plötzlich einsetzende Tauwetter im Ost-West-Konflikt, das schon im Juli 1955 zum ersten Gipfeltreffen in Genf führte, im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Der Durchbruch in den bis dahin schleppend verlaufenen Verhandlungen über den österreichischen Staatsvertrag weckte bei der deutschen Bevölkerung die Hoffnung auf eine deutsche Wiedervereinigung unter ähnlichen Vorzeichen. Zudem zeigte der Besuch der sowjetischen Führung unter Chruschtschow und Mikojan bei Tito in Jugoslawien sowie die sowjetische Einladung an Adenauer nach Moskau, daß sich die Sowjetunion verhandlungsbereit zeigte⁵⁹. Angesichts dieser Entwicklung trat die Europapolitik aus der Sicht des Kanzlers vorläufig in den Hintergrund. Die europäische Integration war aus seiner Sicht kein Selbstzweck, sondern in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre ein Bestandteil der gesamten Außenpolitik, die die Souveränität des westdeutschen Teilstaates zum Ziel hatte. Eben jene war nun erreicht, am 5. Mai 1955 wurde die Bundesrepublik abgesehen von geringfügigen Ausnahmen ein souveräner Staat, und es mußte ein neues europapolitisches Konzept erarbeitet werden, das den neuen Rahmenbedingungen Rechnung trug⁶⁰.

Unter diesen Voraussetzungen wurde der Leiter der Europaabteilung des Auswärtigen Amtes, Carl Friedrich Ophüls, beauftragt, die Voraussetzungen für eine neue Europapolitik zu prüfen. Dessen Gedanken kreisten im Frühjahr 1955 um sehr grundsätzliche Probleme der internationalen Beziehungen. Unter dem Titel »Die

58 Pierre GUILLEN, *La France et la négociation du traité Euratom*, in: *Relations Internationales*, 44 (1985) S. 391–412.

59 Hans Peter SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann*, Stuttgart 1991, S. 177ff.; Henning KÖHLER, *Adenauer. Eine politische Biographie*, Frankfurt/Berlin 1994, S. 853ff.

60 Hanns Jürgen KÜSTERS, *Adenauers Europapolitik in der Gründungsphase der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, in: *VfZG* 31 (1983) S. 646–672.

Möglichkeit des Weltfriedens« entwarf er eine Denkschrift, in der er verschiedene Staatensysteme von der Antike bis zur Gegenwart unter dem Aspekt der Friedenssicherung untersuchte. Für die aktuelle politische Situation zog er hieraus die Konsequenz, daß der Weltfrieden am besten durch ein Gleichgewichtssystem aus zwei Blöcken gesichert werden könne, in dem sich eine Kombination aus den Vereinigten Staaten und Westeuropa sowie der Sowjetunion und China gegenüberstünden⁶¹. Voraussetzung aber sei, so Ophüls, daß die westeuropäischen Staaten als Einheit in der Weltpolitik agierten, denn nur vereint könnten sie das Potential einer Großmacht aufbringen, die gleichberechtigt mit den USA das Gegengewicht zur kommunistisch beherrschten Welt bildete. In einer anderen Denkschrift hatte Ophüls daher schon die Rolle Europas und der Bundesrepublik in der Weltpolitik analysiert⁶². Das Scheitern der EVG sei ein großer Erfolg für die Sowjetunion gewesen, konstatierte Ophüls. Durch die Ersatzlösung mit einer Kombination aus WEU und NATO habe man die Katastrophe zwar noch abwenden können, aber hiermit sei noch kein Ersatz für die supranationale Integration Europas geschaffen, weil NATO und WEU Allianzsysteme seien, die keinen Zwang zur Integration ausübten. Die NATO werde nur durch das amerikanische Übergewicht zusammengehalten. Sollte dieses einmal in Frage gestellt sein, so würden sich die nationalen Interessen der Mitgliedstaaten wieder in den Vordergrund schieben. »Dieser Prozeß der Desintegration ins Nationale wird von außen, von der Sowjetunion, zunehmend gefördert werden. Sie wird auf die einzelnen europäischen Nationen durch Appelle an die Sonderinteressen, durch Erregung besonderer Schwierigkeiten, durch Versprechen und Drohungen einwirken, um das schwach geknüpfte Band zwischen ihnen vollends zu zerreißen. Die Anfänge sehen wir schon. Andererseits wird die Möglichkeit, dem durch massive militärische Mittel entgegenzutreten, abnehmen. Zunächst kann noch sowohl die Drohung eines militärischen sowjetischen Angriffs, wie die Drohung der mehr oder weniger gewaltsamen Subversion durch das bloße Übergewicht Amerikas in der Atomwaffe in Schach gehalten werden. Schon in einigen Jahren wird dieses Übergewicht aller Voraussicht nach zurückgegangen sein. Europa muß dann wesentlich für sich selbst eintreten. Die rasche politische Integration ist daher eine vitale Notwendigkeit«⁶³. Politische Integration, so führte Ophüls den Gedanken zu Ende, könne nur im Rahmen der Montanunion erreicht werden. Nur sie übe den »Zwang zur Integration« aus, der notwendig sei, um eine politische Union zu gründen⁶⁴.

Diese Überlegungen von Carl Friedrich Ophüls wurden auch von Staatssekretär Walter Hallstein gebilligt, der sie in der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags am 3. Mai 1955 zuspitzte: »Europa kann politisch und wirtschaftlich nur leben, wenn es sich einigt. Für Deutschland wie für alle anderen Staaten ist nicht die

61 Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn (PAAA), NL Ophüls, Bd. 10, Die Möglichkeit des Weltfriedens, 24.5.1955.

62 PAAA, NL Ophüls, Bd. 9, Aufzeichnung vom 26.3.1955.

63 Ibid.

64 Die Grundgedanken der Ophüls-Aufzeichnung verarbeitete Hallstein in einer eigenen Aufzeichnung vom 30.3.1955. Vgl. Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Dokumente 1949–1963, hg. von Klaus HILDEBRAND und Horst MÖLLER, Bd. 1, Außenpolitik und Diplomatie, bearbeitet von Ulrich LAPPENKÜPER, München 1997, Nr. 176, S. 582–586.

Frage, (ob) sie nationalstaatlich bleiben oder sich integrieren wollen, sondern wohin sie sich integrieren wollen: in die freie Gemeinschaft einer europäischen Integration oder in eine östliche«⁶⁵. Das deutsche Auswärtige Amt strebte den Ausbau der Montanunion zu einer umfassenden politischen und wirtschaftlichen Union an, die zunächst gleichberechtigt neben den Vereinigten Staaten das Gegengewicht zur Sowjetunion bilden sollte. Zugleich mußte der vereinigte Kontinent in der Lage sein, einen möglichen Rückzug der USA aus Westeuropa durch eigene Verteidigungsanstrengungen auszugleichen. Insgesamt stand hinter diesen Überlegungen die Idee der »Dritten Kraft«, der Traum von einer europäischen Supermacht, die gleichberechtigt mit den USA und der Sowjetunion die Geschicke der Weltpolitik bestimmen und damit die in zwei Weltkriegen verlorene Großmachtstellung der alten europäischen Nationalstaaten durch eine europäische Weltmacht wiederherstellen würde.

Diese Konzeption war jedoch in der Bundesregierung keineswegs unumstritten. Wie schon mehrfach zuvor war es vor allem Wirtschaftsminister Ludwig Erhard, der eine vollkommen andere europapolitische Vorstellung in die Diskussion warf. Geprägt von den Gedanken der liberalen »Freiburger Schule« lehnte Erhard jede interventionistische supranationale Wirtschaftsintegration ab und plädierte für die dem Freihandel und der Währungsconvertibilität verpflichtete OEEC als geeignetes Forum für die europäische Integration⁶⁶. Auch die bilaterale Kooperation zwischen der Bundesrepublik und Frankreich, wie sie Adenauer und Mendès France in La-Celle-Saint Cloud vereinbart hatten, kritisierte Erhard als schädlich für den Freihandel. Es dürfe »keine Isolierung der deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen gegenüber dem übrigen Europa« geben, führte der Wirtschaftsminister in einer Rede vor dem Pariser Club »Les Echos« am 7. Dezember 1954 aus⁶⁷. Doch war er nicht ausschließlich an der Liberalisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen interessiert, sondern strebte ein internationales Staatensystem an, »das aus seinem inneren Ordnungsgefüge heraus ein bestimmtes Verhalten der einzelnen Länder und Volkswirtschaften gewissermaßen erzwingt ...«⁶⁸. Das war im Kern die Übertragung des Gesellschaftsmodells der ordoliberalen Freiburger Schule auf die internationale Politik. Die Regierungen der Nationalstaaten nahmen hierin die Rolle der Individuen ein, denen durch internationale Verträge ein echter Leistungswett-

65 PAAA, Abt. 2, AZ225-10-01, Bd. 900 Aufzeichnung zur europäischen Integration für die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses, 3.5.1955.

66 Ulrich LAPPENKÜPER, »Ich bin ein guter Europäer«. Ludwig Erhards Europapolitik 1949-1966, in: Francia 18/3 (1991) S. 85-121; Hanns Jürgen KÜSTERS, Der Streit um die Kompetenzen und Konzeptionen deutscher Europapolitik 1949-1958, in: Ludolf HERBST, Werner BÜHRER, Hanno SOWADE (Hg.), Vom Marshallplan zur EWG. Die Eingliederung der Bundesrepublik in die westliche Welt, München 1990, S. 335-370; Volker HENTSCHEL, Ludwig Erhard. Ein Politikerleben, Landsberg 1996, S. 211-215; Andreas WILKENS, Jean Monnet, Konrad Adenauer und die deutsche Europapolitik: Konvergenz und Dissonanzen (1950-1957), in: DERS.; (Hg.), Interessen verbinden. Jean Monnet und die europäische Integration der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1999, S. 73-139, hier S. 106f.

67 Ludwig ERHARD, Europäische Einigung durch funktionale Integration. Rede vor dem Club »Les Echos« am 7.12.1954 in Paris, in: Ludwig ERHARD, Deutsche Wirtschaftspolitik. Der Weg der Sozialen Marktwirtschaft, Düsseldorf/Wien/New York/Moskau 1992, S. 253-259, hier S. 254.

68 Ibid. S. 257.

bewerb auferlegt werden sollte. Ob eine solche Analogie zwischen dem internationalen Staatensystem und den Gesellschaftssystemen, die Erhard unterstellte, überhaupt existiert, darüber mag man streiten. Unrealistisch war eine solche Konzeption, weil sie die durch den Kalten Krieg und die deutsche Frage geprägten machtpolitischen Realitäten der fünfziger Jahre ignorierte. Gleichwohl fand Erhard Unterstützung beim Minister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Franz Blücher. Auch das Landwirtschaftsministerium zeigte sich gegenüber dem Vorschlag der Benelux-Staaten skeptisch, wenn auch aus völlig anderen Gründen als Ludwig Erhard. Hier fürchtete man, daß »die Landwirtschaft dem Ruin preisgegeben« werde, wenn sie dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt werde⁶⁹. Der handelspolitische Schutz für die deutsche Landwirtschaft müsse so lange erhalten bleiben, bis sie dem scharfen Wettbewerb gewachsen sei. Heinrich Lübke sprach sich daher für eine behutsame Integration der europäischen Landwirtschaft aus.

Das Memorandum der Benelux-Staaten vom 20. Mai 1955 setzte die Bundesregierung unter Zugzwang. Es mußte zur Vorbereitung der Konferenz von Messina eine einheitliche politische Linie gefunden werden, die dort als deutsche Position präsentiert werden konnte. Zu diesem Zweck trafen sich die Spitzen des Auswärtigen Amtes und des Wirtschaftsministeriums mit ihren jeweiligen Ministern im Wochenendhaus des Leiters der Grundsatzabteilung im Wirtschaftsministerium und Kölner Professors Alfred Müller-Armack im Eifelörtchen Eicherscheid⁷⁰. Hier wurden die Grundzüge des dann als deutsches Memorandum in Messina präsentierten Papiers erarbeitet⁷¹. Das Dokument trägt deutlich die Zeichen eines Kompromisses zwischen beiden Ressorts. Der Benelux-Vorschlag einer sektoriellen Integration in den Bereichen Transport, Verkehr, Energie- und Atomwirtschaft wurde ebenso bestätigt wie der Vorschlag eines gemeinsamen Marktes. Von einer supranationalen »Hohen Behörde« allerdings war keine Rede, hier hatte sich Erhard durchgesetzt.

Die Bedeutung des »Eicherscheider Kompromisses« wird jedoch relativiert durch die Besprechung, die Adenauer mit den Botschaftern Blankenhorn, von Herwarth, von Maltzan und Staatssekretär Hallstein in seinem Urlaubsort Bühlerhöhe führte. Hier wurden die Richtlinien für die von Hallstein geleitete deutsche Delegation in Messina entworfen⁷². Die Weisungen des Kanzlers unterschieden sich in wesentlichen Punkten von den Kompromißformeln des Eicherscheider Memorandums. Während er die Vorschläge für eine sektorielle Integration in den Bereichen Verkehr und Energie ablehnte, legte Adenauer auf einen Atompool größten Wert. Hier sollte eine supranationale Behörde mit »straffer Organisation« aufgebaut werden. »Frage der Atomenergie als wichtigsten Punkt des Programms behandeln!« vermerkte die Ermächtigung des Bundeskanzlers für Messina⁷³. Aufschlußreich ist auch der Ab-

69 BA, B116/7295, Die Integration der europäischen Landwirtschaft, 29.10.1954.

70 Alfred MÜLLER-ARMACK, Auf dem Wege nach Europa, Tübingen 1971, S. 99; Hans VON DER GROEBEN, Deutschland und Europa in einem unruhigen Jahrhundert, Baden-Baden 1995, S. 273–275.

71 Das Memorandum findet sich im Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Nr. 106, 11.6.1955.

72 BA, NL Blankenhorn, Bd. 41b, Aufzeichnung über die Besprechung in Bühlerhöhe am 25.5.1955.

73 PAAA, Abt. 2 AZ 225–10–01, Bd. 1, Ermächtigung des Herrn Bundeskanzlers für Messina, undatiert.

schnitt B dieses Dokumentes: »Zustimmung zur Fortführung der Horizontalen Integration (wahrscheinlich zunächst ohne supranationale Lenkungsorgane) so weit gehend, wie Frankreich bereit ist. Eventuell hier nachlassen«⁷⁴.

Es war demnach nicht das Eicherscheider Kompromiß-Memorandum, das die deutsche Position auf der Konferenz von Messina bestimmte, obwohl jenes den Verhandlungspartnern als offizielle deutsche Stellungnahme zur »Relance européenne« überreicht wurde. Tatsächlich orientierte sich die deutsche Politik an der französischen Regierung: Wenn Paris sich bereit zeigte, über eine Zollunion nach niederländischem Vorbild zu verhandeln, dann würde auch die Bundesregierung zustimmen. Adenauer wollte jedoch keinesfalls selbst die Initiative zu einer supranationalen europäischen Wirtschaftsintegration ergreifen, die die gerade durch die Verhandlungen von La-Celle-Saint Cloud auf eine neue Basis gestellten deutsch-französischen Beziehungen gefährden könnte. Während die deutsche Politik tatsächlich vollständig nach Paris ausgerichtet war, gewannen die Verhandlungspartner durch das deutsche Memorandum den Eindruck, die Bundesregierung wende sich nach der erlangten Souveränität von der europäischen Einigung ab. Unter dem Einfluß Ludwig Erhards schlug das Memorandum einen gemeinsamen Markt nach funktionaler Integrationsmethode durch eine zügige Liberalisierung des europäischen Handels vor, ohne den Begriff »supranational« überhaupt zu erwähnen. Das war selbst für die sonst ebenfalls am Freihandel orientierten Niederlande nicht zu akzeptieren. Außenminister Beyen zeigte sich nach der Konferenz von Messina »irritiert« über die deutsche Stellungnahme: »Le ton employé par le professeur Hallstein lui paraissait significatif du comportement que la République Fédérale désormais souveraine comptait adopter à l'avenir«, berichtete der französische Botschafter Garnier nach Paris. »M. Beyen pensait néanmoins qu'il ne serait pas mauvais de se montrer vis-à-vis des Allemands comme il avait fait à Messine ›dur et sec‹ puisque c'était le seul langage qu'ils comprennent«⁷⁵. Auch die italienische Regierung war »geschockt« über die deutsche Zurückhaltung gegenüber der supranationalen europäischen Integration⁷⁶. Das deutsche Memorandum von Messina, das die tatsächliche Europapolitik der Bundesregierung nur in Teilbereichen wiedergab, verwirrte und verärgerte vor allem die kleineren Verhandlungspartner. Walter Hallstein hatte in den folgenden Monaten große Mühe, die Benelux-Regierungen davon zu überzeugen, daß die Bundesregierung der supranationalen europäischen Integration nach wie vor positiv gegenüberstand. Die nach außen unklare deutsche Haltung zum niederländischen Vorstoß für einen gemeinsamen Markt resultierte auch daraus, daß Adenauer die Bedeutung der »Relance européenne« zunächst unterschätzte. Noch in seinen Erinnerungen schrieb er, daß er das Projekt selbst nach der Konferenz von Messina »mit geteilten Gefühlen« betrachtete⁷⁷. Er fürchtete, daß die Konzentration auf die wirtschaftliche Integration von der politischen Union ablenken würde. An Bundespräsident Heuss

74 Ibid.

75 MAEF, DECE, Vol. 611, Garnier à Pinay, 4.6.1955.

76 Das berichtete der italienische Botschafter in Bonn seinem französischen Kollegen François-Poncet, vgl. MAEF, DECE, Vol. 611, François-Poncet à Pinay, 6.6.1955.

77 Konrad ADENAUER (wie Anm. 47) S. 30.

schrieb er am 22. Mai 1955: »Nun ist am 1. Juni eine Außenministerkonferenz der Staaten der Montanunion in Taormina. Es handelt sich nicht um sehr wesentliche Punkte. Die Hauptfrage wird sein, die Nachfolge Monnets und eine etwaige Erweiterung der Montanunion«⁷⁸.

Verläßt man nun die nationale Perspektive der »Relance européenne«, so lassen sich idealtypisch fünf verschiedene, zum Teil einander bedingende Motivstränge unterscheiden, die für die europapolitischen Initiativen um die Jahreswende 1954/55 entscheidend waren: Von großer Bedeutung war das Motiv der »Dritten Kraft«, das in dieser Phase des europäischen Einigungsprozesses in unterschiedlicher Weise vom belgischen Außenminister Paul-Henri Spaak und dem deutschen Auswärtigen Amt vertreten wurde. Spaak sorgte sich vor allem um das selbstbewußte Auftreten der Blockfreien-Bewegung, durch die belgische Kolonialinteressen unmittelbar bedroht schienen. Zudem beanspruchte der belgische Außenminister die Rolle der Dritten Kraft zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion für (West-)Europa. Ähnlich dachten Carl-Friedrich Ophüls und Walter Hallstein im deutschen Auswärtigen Amt: Der europäische Pfeiler des westlichen Bündnisses sollte aus ihrer Sicht zu einer handlungsfähigen Größe in der Weltpolitik ausgebaut werden, um mögliche isolationistische Tendenzen in Washington auszugleichen.

Zweitens dominierte das Bestreben der westeuropäischen Regierungen, die nach wie vor als Unsicherheitsfaktor empfundene Bundesrepublik Deutschland in den Westen einzubinden. In diesem Zusammenhang spielte die von der Sowjetunion konzedierte Souveränität für Österreich unter der Bedingung der Neutralität sowie das allgemeine »Tauwetter« zwischen den Supermächten eine wichtige Rolle. Für die französische Regierung dominierte dieser Aspekt seit 1950 alle europapolitischen Initiativen, so auch den Vorschlag für einen europäischen Rüstungspool, der jedoch gerade in den Benelux-Staaten keine Unterstützung fand. In Brüssel trat Paul-Henri Spaak aus sicherheitspolitischen Gründen für eine feste Verankerung des westdeutschen Staates in Europa ein, sein niederländischer Kollege Beyen unterstützte ihn, nachdem er in Messina den Eindruck gewonnen hatte, daß die Bundesregierung kein Interesse mehr an der supranationalen europäischen Integration zeige.

Die niederländische Regierung verfolgte – drittens – mit ihrer Europapolitik in dieser Phase hauptsächlich wirtschaftliche Interessen. Vor allem die nach dem Treffen von La-Celle-Saint Cloud abgeschlossenen deutsch-französischen Handelsverträge drohten den für holländische Exporte wichtigen deutschen Markt exklusiv für französische Agrarprodukte zu öffnen. Der durch die Pariser Verträge vom Oktober 1954 eingeleitete deutsch-französische Bilateralismus war daher aus niederländischer Sicht das wichtigste Argument für eine »Relance européenne« im Frühjahr 1955. Ähnliche Befürchtungen veranlaßten die italienische Regierung im Dezember 1954 zu ihrem Versuch, die deutsch-französische Kooperation zu einer »collaboration triangulaire« zu erweitern.

78 Konrad Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe, hg. von Rudolf MORSEY und Hans Peter SCHWARZ, Bd. 1: Theodor Heuss und Konrad Adenauer: Unserem Vaterland zugute. Der Briefwechsel 1948–1963, bearbeitet von Peter MENSING, Berlin 1989, Dok. 250: Brief Adenauers vom 22.5.1955.

Viertens interessierte die von Jean Monnet befürwortete Ausweitung der Montanunion zu einer Atomgemeinschaft vor allem Paris. Die französische Forschung verfügte über das Know-How für eine friedliche Nutzung dieses damals als Zukunftsindustrie eingeschätzten Wirtschaftszweiges, allein es fehlten die für Großinvestitionen notwendigen finanziellen Mittel. Die französische Regierung bewegte sich damit genau in jenen von Olivier Wormser und René Massigli vorgegebenen Bahnen, die vorsahen, das europäische Potential dort zu nutzen, wo es für die nationalen französischen Interessen günstig war.

Die Vereinigten Staaten wirkten – fünftens – durch ihre aus agrarpolitischer Not geborene Exportoffensive ebenfalls integrativ auf die europäische Politik: Die in Washington ab Sommer 1954 eingeleitete Dumping-Politik veranlaßte den niederländischen Landwirtschaftsminister Mansholt zur Unterstützung der europapolitischen Initiative seines Kabinettskollegen Beyen. Die europäischen Agrar-Exportstaaten mußten auf die amerikanischen wettbewerbsverzerrenden Maßnahmen reagieren, konnten aber nur gemeinsam entsprechende Maßnahmen einleiten.

Welche waren nun die entscheidenden Motive für den »europäischen Frühling« des Jahres 1955? Gab es tatsächlich jenen europapolitischen Neuanfang, den der Begriff »Relance européenne« suggeriert, oder setzten die europapolitischen Initiativen um die Jahreswende 1954/55 lediglich die schon 1950 begonnene Tradition der supranationalen Einigung fort? Zweifellos ist der Kontinuitätsthese Anjo Harryvans und Albert Kerstens zuzustimmen, wenn die »Relance européenne« aus niederländischer Perspektive betrachtet wird. Das Konzept Willem Beyens für eine im innern von allen Handelsbarrieren befreite Zollunion knüpfte inhaltlich an den bereits im Sommer 1952 lancierten Beyen-Plan an, der mit der Europäischen Politischen Gemeinschaft und der EVG im August 1954 gescheitert war. Auch die Überlegungen des vor allem am westeuropäischen Absatzmarkt für niederländische Agrarprodukte interessierten Landwirtschaftsministers Mansholt knüpften in Kernpunkten an seinen Plan an, der auf der Konferenz der europäischen Landwirtschaftsminister im März 1953 gescheitert war. Andererseits darf nicht übersehen werden, daß die niederländische Initiative durch die für die holländische Wirtschaft als bedrohlich empfundenen deutsch-französischen Vereinbarungen von La-Celle-Saint Cloud ausgelöst und beschleunigt wurden. Der in den Niederlanden als »Rückfall« empfundene deutsch-französische Bilateralismus erforderte eine unmittelbare und schnelle Reaktion, um die aus niederländischer Sicht mit dem Schuman-Plan begründete europäische Solidarität nicht durch nationalen Egoismus wieder zu zerstören. Insofern muß die These von Harryvan und Kersten modifiziert werden: Die »Relance européenne« setzte die Tradition niederländischer Europapolitik fort, wurde aber erst ausgelöst durch den deutsch-französischen Bilateralismus. Ähnliches galt, wenn auch in weniger starkem Maß, für die belgische Europapolitik: Die Wirtschaftskreise des Landes waren gemeinsam mit jenen der Niederlande entschlossen, gegen die deutsch-französischen Wirtschaftsvereinbarungen vorzugehen. In diesem Zusammenhang muß auch die von Gerbet noch als sehr bedeutend eingeschätzte Rolle Jean Monnets relativiert werden. Zweifellos verlieh die Persönlichkeit des »Inspirateur« dem Benelux-Memorandum ein zusätzliches Gewicht, das allerdings angesichts der Entschlossenheit Spaaks und Beyens gar nicht unbedingt notwendig gewesen wäre. Die Herausforderung des deutsch-französischen Bilateralis-

mus und die vor allem Spaak interessierende für Europa bedenkliche internationale Konstellation des Kalten Krieges und der deutschen Frage waren die entscheidenden Motive für das Benelux-Memorandum. Wirtschaftliche Interessen standen auch hinter den italienischen Überlegungen für eine Fortführung der europäischen Einigungspolitik, die im Dezember 1954 in den Versuch mündeten, in die deutsch-französische Kooperation eingebunden zu werden. Wie auch in den Niederlanden spielten die Ängste der italienischen Agrarproduzenten vom deutschen Absatzmarkt ausgeschlossen zu werden eine entscheidende Rolle. Um so schwerer wog aus römischer Sicht, daß sich die französische Regierung nicht an einer Kooperation mit Italien bereit zeigte.

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn die Überlegungen der deutschen und französischen Regierung in die Analyse einbezogen werden. Die Regierung Faure lehnte eine Fortführung der mit der Montanunion begonnenen supranationalen Integration grundsätzlich ab und forderte einen vollständigen europapolitischen Neuansatz auf scharf begrenzten Sektoren wie der Kernenergie oder der Verkehrswirtschaft. Eine Delegation nationaler Souveränität an eine »Hohe Behörde« wurde ebenso wie eine allgemeine wirtschaftliche Integration im Rahmen einer Zollunion ausdrücklich abgelehnt; nur im Rahmen internationaler Kooperation zeigte sich Paris im Frühjahr 1955 verhandlungsbereit. Auch die Bundesrepublik suchte um die Jahreswende 1954/55 einen europapolitischen Neuansatz, der der durch die Pariser Verträge entstandenen neuen außenpolitischen Gesamtsituation Rechnung trug. Während das Auswärtige Amt jetzt eine vollständige wirtschaftliche und politische Union mit dem Fernziel einer europäischen Groß- und Weltmacht anstrebte, war Bundeskanzler Adenauer nur dann bereit, die europäische Integration zu vertiefen, wenn Paris einverstanden war. Sowohl die Bundesrepublik als auch Frankreich brachen also mit der bis 1954 verfolgten europapolitischen Strategie und suchten zunächst jeweils unterschiedliche Neuansätze, während die Benelux-Staaten und Italien um die Fortsetzung der seit 1950 verfolgten Europapolitik bemüht waren. Die unterschiedlichen Perspektiven erklären sich daraus, daß die Bundesrepublik und Frankreich in der ersten Phase des europäischen Integrationsprozesses, der mit dem Scheitern der EVG und der Ersatzlösung aus WEU und NATO endete, ihre europapolitischen Ziele erreicht hatten. Der Bundesregierung ging es bis 1954 vor allem um die gleichberechtigte Aufnahme als souveräner Staat in die westliche Staatengemeinschaft, die mit dem Beitritt zur NATO dokumentiert wurde. Die Vierte Republik wollte den Aufstieg des westdeutschen Staates durch seine Einbindung in internationale Verträge kontrollieren und die drohende Überproduktionskrise der Landwirtschaft abwenden. Beides wurde durch die Pariser Verträge erreicht, wobei die bilateralen deutsch-französischen Handelsvereinbarungen und die Westeuropäische Union aus französischer Sicht eine Schlüsselrolle spielten. Insgesamt standen daher weder in Bonn noch in Paris konkrete europapolitische Ziele auf der Tagesordnung. Konrad Adenauer war mit der neuesten Entwicklung im Ost-West-Konflikt und ihren Konsequenzen für die deutsche Frage vollständig beschäftigt, für Edgar Faure standen die wirtschaftlichen und sozialen Probleme seines Landes im Mittelpunkt des Interesses.

Die Benelux-Staaten und Italien hingegen hatten zwar die Pariser Verträge vorbehaltlos mitgetragen, ihre europapolitischen Ziele jedoch lagen woanders: Die Niederlande, Belgien und Luxemburg hatten schon die EVG nur akzeptiert, weil sie im

gleichen Rahmen auf eine Wirtschaftsunion hofften. Das war der Hintergrund des Beyen-Planes von 1952 ebenso wie der Mansholt-Vorschläge hinsichtlich einer europäischen Agrarunion gewesen. Beide Projekte jedoch waren gescheitert; während die beiden großen der EGKS, Frankreich und die Bundesrepublik, ihre integrationspolitischen Ziele erreicht hatten, waren die der Benelux-Staaten noch offen. Ähnliches galt für Italien, das weiterhin auf die Freizügigkeit für Arbeitskräfte und einen europäischen Investitionsfonds hoffte. Insgesamt war durch die Pariser Verträge vom Oktober 1954 ein Ungleichgewicht entstanden zwischen jenen Staaten, die ihre europapolitischen Ziele erreicht hatten (Bundesrepublik, Frankreich) und jenen, deren Intentionen noch offen waren (Benelux, Italien). Die »Relance européenne« war aus dieser Perspektive der Versuch der kleineren Staaten innerhalb der Montanunion, in einem neuen Anlauf den Integrationsprozeß wieder in Schwung zu bringen, um die nach wie vor offenen Probleme doch noch zu lösen. Weil sie hierbei auf die Mitwirkung der beiden großen angewiesen waren, beschworen sowohl Martino als auch Beyen die europäische Solidarität: Der italienische Außenminister forderte in seiner Parlamentsrede vom 12. Oktober 1954 eine Organisation der europäischen Solidarität und auch sein niederländischer Kollege erklärte mit Blick auf die deutsch-französischen Gespräche in La-Celle-Saint Cloud, daß nur im Rahmen von multilateralen Abkommen die Interessen aller angemessen berücksichtigt seien. Doch war die Forderung nach Solidarität keine leere Formel: Eine europäische Weltmacht, wie sie das deutsche Auswärtige Amt und in ähnlicher Form auch der belgische Außenminister Spaak anstrebten, setzte die Mitwirkung der kleineren Staaten der Montanunion voraus; die Bundesrepublik und Frankreich allein konnten eine europäische Supermacht nicht bilden. Die französische Regierung war hinsichtlich ihres Wunsches nach einer europäischen Atomgemeinschaft auf die finanzielle Unterstützung der Partnerstaaten angewiesen und die wirtschaftlichen Interessen der Benelux-Staaten verlangten nach einer europäischen Zollunion. Die Befriedigung der eigenen, jeweils nationalen Ansprüche setzte mithin die Berücksichtigung der Interessen der Partner voraus. Die trotz aller Differenzen lebendige europäische Solidarität, geboren aus der Erkenntnis gegenseitiger Abhängigkeit, war der entscheidende Motor der europäischen Integration in den fünfziger Jahren. Begründet wurde diese Solidariät durch die Einsicht in die gegenseitige wirtschaftliche Abhängigkeit der europäischen Staaten, den Wunsch aller nach Ausgleich und Sicherheit vor allem vor Deutschland sowie, in der Bedeutung gewiß nicht zuletzt, der Erkenntnis, daß europäische Interessen im von den beiden Supermächten dominierten Kalten Krieg nur gemeinsam vertreten werden konnten. An diesen Pfeilern des europäischen Integrationsprozesses hat sich trotz gewandelter internationaler Konstellation bis heute nichts geändert.

RÉSUMÉ FRANÇAIS

La signification de la «Relance européenne», à savoir des événements entre l'échec de la CED (30 août 1954) et la conférence de Messine (1-3 juin 1955) fait l'objet d'un vif débat entre historiens. D'un côté Pierre Gerbet, spécialiste réputé de l'histoire de l'intégration européenne, souligne le rôle décisif qu'a joué Jean Monnet lorsque après avoir quitté sa fonction de président de la Haute Autorité de la CECA, il voulait donner une nouvelle impulsion à l'intégration européenne. C'est pour cela qu'il s'est adressé au Ministre des Affaires étrangères belge, Paul Henri Spaak, qui a formulé les pensées de «l'inspirateur» dans son mémorandum bien connu du 2 avril 1955 qui faisait la base de la Conférence de Messine.

De l'autre côté il y a les historiens néerlandais Albert Kersten et Anjo Harryvan qui maintiennent que P. Gerbet surestime le rôle de Jean Monnet dans le processus de la «Relance européenne». En effet, on ne peut pas vraiment parler d'une «Relance européenne»; la conférence de Messine était le résultat de la politique européenne néerlandaise à la suite du Plan Beyen qui portait sur le marché commun entre les États membres de la CECA en septembre 1952. Le début des négociations sur le Marché Commun après la Conférence de Messine étaient, selon Kersten et Harryvan, le résultat d'une politique européenne menée avec fermeté par le gouvernement à La Haye.

La présente étude donne une nouvelle interprétation des événements concernant la «Relance européenne» se fondant sur des documents français, allemands, italiens et néerlandais. Elle montre le rôle décisif des accords culturels et économiques de La-Celle-Saint Cloud (19 octobre 1954) qui marquent un tournant dans les relations franco-allemandes. La-Celle-Saint Cloud était le début du «couple franco-allemand», et l'esprit de cet accord fut perpétué par Guy Mollet, Charles de Gaulle et François Mitterrand jusqu'à nos jours. Toutefois, ces accords économiques entre Paris et Bonn qui portaient notamment sur l'agriculture, menacent la position des autres pays membres de la CECA, se retrouvant à l'écart par rapport à cette coopération étroite entre Paris et Bonn. C'est pour cela que Paul Henri Spaak, Willem Beyen, Sicco Mansholt et Gaetano Martino ont essayé de relancer l'idée d'un marché commun européen dans le cadre de la CECA. Il est vrai que la France et l'Allemagne ont réussi à réaliser leurs projets par l'intermédiaire des accords de Paris du mois d'octobre 1954; la Belgique, le Luxembourg, les Pays-Bas et l'Italie par contre ne sont pas parvenus à réaliser leur marché commun. On peut en déduire que la «Relance européenne» était en quelque sorte le produit du déséquilibre entre les pays de la CECA provoqué par les accords bilatéraux franco-allemands.